

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII/223

Bonn, den 25. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

JOHN F. KENNEDY

64

Trauer - Dank - Verpflichtung

2 - 3a

Bessere Finanz- und Steuerpolitik erst im Wahljahr? 135

Steuersenkungen sind jetzt notwendig

Von Walter Seuffert, MdB

4 - 6

Deutsche in Frankreich

129

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Unter dem Titel: "Deutsche in Frankreich" veröffentlichen wir ab heute mehrere Artikel unseres Pariser Korrespondenten Georg S c h e u e r. In diesen Artikeln wird dargestellt, wie sich die deutsch-französische Freundschaft nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt hat, welche Institutionen und welche Personen ihre ersten Architekten waren und was geleistet wurde, bevor es eine offizielle diplomatische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Paris gab. - Die Red.

Chefredakteur Günter Markscheffel

J O H N F. K E N N E D Y

Trauer - Dank - Verpflichtung

sp - Nur wenige Tage trennen uns von der erschütternden Nachricht: Präsident John F. KENNEDY ist ermordet !

Wo auch immer, die Menschen hielten den Atem an, sie blickten ungläubig in das Antlitz des ihnen Nächststehenden, als wollten sie dort erforschen, ob sie richtig gehört hätten. Tief bestürzt, fassungslos und hilflos - so nahmen Millionen die graubvolle Nachricht auf. Verstohlen wischten sich Männer, die schon viel Schreckliches erlebt haben, die Augen, andere weinten offen; niemand schämte sich seiner Trauer. Und wenn einer sagte, er fühle so, als habe er den Bruder verloren, dann gab er schlicht einen Empfinden Ausdruck, das tief in seinem Herzen gegenüber einem Manne verankert war, der ihm und vielen, vielen anderen durch sein Wirken die Hoffnung auf die Bewahrung des Friedens gegeben hatte.

* * *

In Stunden wie diesen, in denen wir fühlen, daß wir nicht allein sind, fragen wir uns, w a r u m die denkende Menschheit nur e i n e n Gedanken hat. Die Tat selbst wurde überall ohne Rückhalt verurteilt; sie wurde als stupide, sinnlos und verbrecherisch gekennzeichnet. Auch das menschliche Mitgefühl mit der Frau des Ermordeten, mit seinen Kindern, mit seinen Landsleuten, das alles verdichtete sich zu einem einzigen Stöhnen der Fassungslosigkeit.

* * *

Es war aber noch m e h r , was die Menschen den Atem anhalten ließ, was sie befähigte, jedes Zögern und jedes politisch-kühle Abwägen beiseite zu lassen.

Es ist das Wissen oder Fühlen, daß dieser Mann, John F. KENNEDY, der junge Präsident der stärksten Macht der freien Welt, mit dieser Macht die Freiheit v a n d den Frieden sichern wollte. Er hatte eine Vorstellung davon, daß die große Auseinandersetzung zwischen der Freiheit und den sie bedrohenden Mächten nicht n u r ein Rüstungswettlauf ist.

John F. KENNEDY hatte erkannt, und es den Völkern gesagt - daß die Freiheit, wenn sie bedroht wird, verteidigt werden muß. Er hat den Völkern aber auch gesagt und sie aufgefordert, seine Gedanken mitzudenken und entsprechend zu handeln, daß der Kampf um die Erhaltung der Freiheit ein ständiges geistiges Ringen um die besten Lebensformen ist.

* *
*

Weil KENNEDY beides von der Menschheit forderte, weil er damit auch diejenigen ansprach, die in einer Welt der Diktaturen leben, erreichte er auch sie, sagte auch ihnen diese Erkenntnis, daß man diesen Mann glauben konnte, wenn er vom Frieden für alle Völker sprach.

Nur so und nicht anders ist es zu erklären, daß die Fahnen der Trauer zur gleichen Zeit in Washington und in Moskau gehißt wurden.

* *
*

Hier in Deutschland, wo alle Schwankungen des Ost-Westkonfliktes wie von einem Seismographen registriert werden, hier kommt zur Trauer der Dank hinzu.

Wir danken John F. KENNEDY für sein klares Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes. Für ihn war das kein politisches Lippenbekenntnis. Für ihn war dieses Bekenntnis ein Teil der ethischen Grundlagen seines politischen Handelns.

Das war nicht zweckbestimmt oder aus einer besonderen Situation entstanden; KENNEDYS Eintreten für unser Recht als Nation und Volk war im Übertragenen Sinne der Appell an die Gerechtigkeit, die eine freie Welt allen Nationen und allen Völkern zu gewährleisten hat.

* *
*

So stehen wir, immer noch gelähmt von der Schreckensnachricht, an der Bahre von John F. KENNEDY. Er ist nicht mehr unter uns. Aber er hat uns ein Vermächtnis hinterlassen, das zu hüten und zu wehren uns Lebenden aufgegeben ist: Immer und überall furchtlos das Banner der Freiheit zu tragen und zu wissen, daß Macht und Geist - gepaart mit dem Willen zum Frieden - sich ergänzen müssen, wenn wir den Frieden und der Freiheit dienen wollen.

+ + +

Bessere Finanz- und Steuerpolitik erst im Wahljahr?

Steuersenkungen sind jetzt notwendig

Von Walter Seuffert, MdB

Die Steuersenkungen, die die sozialdemokratische Bundestagsfraktion beantragt hat, sind nicht sehr weitgehend, aber sie sind notwendig. Der allgemeine Freibetrag soll um DM 240.-- erhöht werden. Das kommt allen zugute; beim normalen Arbeitnehmereinkommen oder was ihm entspricht macht es für den Ledigen DM 48.-- Steuer im Jahr aus; beim Verheirateten immerhin DM 96.--. Für den, der mehr Einkommen hat, macht es in der Summe mehr aus, im Verhältnis zum Einkommen und zur Steuer allerdings weniger. Wesentlich (auch für die Verwaltung) ist aber, daß damit wieder ein Teil der fünf Millionen Fälle steuerfrei wird, die seit der Reform von 1958 wieder steuerpflichtig geworden sind, obwohl sie real - nach den Preisen gerechnet - kaum mehr Einkommen haben als das, was man ihnen 1958 steuerfrei belassen wollte. Außerdem haben die Sozialdemokraten die Erhöhung der Sonderausgabenpauschale für Arbeitnehmer und die Anrechnung der Ausbildungskosten auf das Arbeitseinkommen der ersten Berufsjahre - wenn sie von den jungen Menschen selbst aufgebracht worden sind - beantragt.

Tarifverbesserung für mittlere Einkommen

Weiter ist gefordert eine Tarifverbesserung für die mittleren Einkommen. Unsere Tarifkurve steigt für die Einkommen von DM 8.000.-- bis DM 100.000.-- recht steil an; darüber hinaus aber gar nicht mehr. Das Ansteigen des Tarifs (die Progression) findet aber auch in dieser Form nicht gleichmäßig statt, sondern erfolgt besonders heftig bei den Einkommen bis zu etwa DM 40.000.--; das ist der berühmte "Mittelstandsbauch" oder "Mittelstandsbogen" des Tarifs. Über dessen Beseitigung wird viel und gern geredet.

Die Sozialdemokraten stellen deswegen jetzt einen konkreten Antrag. Vorgesehen ist eine Tarifverbesserung, die bis zu DM 100.000.-- geht, aber ihren Schwerpunkt in den unteren Schichten der Mitteleinkommen hat. Für ein Einkommen von DM 20.000.-- macht das zusammen mit der Senkung des Freibetrags DM 4 - 500.-- DM Steuerersparnis im Jahr (je nach dem, ob ledig oder verheiratet), also viel mehr als bei den unteren Einkommen, weil aber in dieser Zone eine Ungerechtigkeit auszugleichen ist.

Argumente der Regierungsparteien

Was sagt nun die Regierung und die Regierungsmehrheit zu diesen Anträgen der Opposition? Sie finden sie ganz richtig und beteuern, daß sie dasselbe wollen; sie versuchen nur etwas übelzunehmen, daß die SPD mit eigenen Anträgen kommt, statt wie andere nur unverbindlich zu reden oder - noch besser - brav zu warten, bis die Regierung etwas tut. Die Freien Demokraten sagen, das wäre zu wenig, sie wollten mehr geben. Man spricht von anderen Möglichkeiten, Senkung des Anfangssteuersatzes usw. (darüber läßt sich reden). Der Bundesfinanzminister deutet an, auch er könne mehr Steuersenkungen anbieten - allerdings

erst nächsten Jahr, wenn ... Also viel Zustimmung; aber mit viel Unterstützung wird abgelehnt, daß die SPD gleichzeitig Anträge eingebracht hat, die es möglich machen, die Steuersenkung noch in diesem Jahr und ohne finanzielle Fragezeichen durchzuführen.

Es geht um die höchsten Einkommen

Die SPD hat nämlich beantragt, die Abzugsfähigkeit der Vermögenssteuer bei der Einkommenssteuer auf DM 200.-- jährlich für jede Person (Steuerpflichtigen, Frau und jedes Kind) zu beschränken, womit sie für ein Vermögen beibehalten wird, das den doppelten Betrag der zustehenden Freibeträge nicht übersteigt. Bei der Vermögenssteuer ist es heute so, daß man für dasselbe Vermögen umsoweniger Steuer bezahlt, je mehr man insgesamt Einkommen hat; bei hohem Einkommen kann man über 50 Prozent der Vermögenssteuer bei der Einkommensteuer zurückbekommen, bei kleinem Einkommen allenfalls 20 Prozent.

Der Bundesfinanzminister muß selbst zugeben, daß hier etwas geschehen muß und daß der SPD-Antrag das Richtige trifft; nur meint er, das solle erst später geschehen, weil auf dem Gebiete der Vermögensbesteuerung noch anderes geändert werden müßte (während umgekehrt richtig ist, daß man diese Dinge nicht sinnvoll ordnen kann, hervor klaggestellt ist, was die Vermögenssteuer wirklich bedeutet und in welcher Höhe sie tatsächlich gezahlt wird).

Ein weiterer SPD-Antrag verlangt, daß der Vorzugssatz für die ausgeschütteten Gewinne der Kapitalgesellschaft - an dem tatsächlich fast ausschließlich die großen an der Börse auftretenden Gesellschaften interessiert sind - von 15 Prozent auf 30 Prozent heraufgesetzt wird; die Gesellschaften können dann immer noch, nach Bezahlung aller Steuern, etwa 50 Prozent (gegen jetzt 70 Prozent) ihrer Gewinne ausschütten. Hier werden schon sehr nachdrückliche Proteste erhoben, obwohl nicht bestritten wird, daß die Besteuerung der international verflochtenen Gesellschaften diese Maßnahme als sehr erwünscht, je geradezu notwendig erscheinen läßt.

Der große Stein des Anstosses wurde aber in der Forderung der SPD gesehen, die persönlichen Einkommen über DM 100.000.-- stärker zur Steuer heranzuziehen. Bei diesen Einkommen hört ja gegenwärtig die Steuerprogression bereits auf, und auch die Spitze noch so hoher Einkommen wird höchstens mit 53 Prozent besteuert, so daß sie erheblich weniger zahlen als in vergleichbaren Staaten wie USA oder Großbritannien. (Die oft behauptete "enorme Steuerlast in der Bundesrepublik" existiert jedenfalls für diese Einkommen nicht).

Die SPD will nun diesen Spitzensatz gestaffelt erhöhen, so daß er bei einem Einkommen von DM 630.000.-- 58 Prozent erreicht; was zur Folge hat, daß z.B. ein Verheirateter mit einem Einkommen von einer halben Million etwa 2 Prozent seines Einkommens mehr an Steuer zu zahlen hätte. Dies wurde als "ein ganz unerträglicher Schlag gegen die Wirtschaft" bezeichnet, der geradezu ruinöse Auswirkungen haben müsse. In Wirklichkeit handelt es sich um die etwa 60.000 höchsten Einkommen in der Bundesrepublik, also um rund drei von tausend aller Einkommen, die bei uns versteuert werden (das sind etwa 23 Millionen Einkommensbezieher).

Keine übermäßige Belastung

Niemand wird die Sozialdemokraten davon überzeugen können, daß das Wohl und Wehe einer Wirtschaft und Gesellschaft daran hängt, ob die obersten drei von je tausend Einkommen, die in so weitem Abstand vom Normaleinkommen stehen, einige wenige Prozent mehr Steuern abführen; eine Auffassung, die das behauptet, kann nicht richtig sein. Wir wollen damit auch nicht einseitig, etwa aus Neidgefühlen, eine Gruppe - die 70.000 höchsten Einkommen können gar nicht als eine solche "Gruppe" bezeichnet werden - übermäßig belasten. Es handelt sich vielmehr einfach um die Tatsache, daß man, wenn man es ernst mit Steuersenkungen meint - und deren Notwendigkeit wird ja, wie gesagt, nicht bestritten - man es auch ernst meinen muß mit deren Finanzierung und es nicht ablehnen kann, das Geld dazu durch Beseitigung steuerlicher Ungerechtigkeiten und durch eine sozial und international gerechtfertigte Belastung der leistungsfähigsten Einkommen zu beschaffen.

Was der Finanzminister "beweisen" will

Warum sind denn die Regierung und ihre Mehrheit so erobst über die Forderung, Steuersenkungen noch im Jahre 1964 durchzuführen und durch solche ausgleichenden Maßnahmen zu ermöglichen? Der Bundesfinanzminister hat die Aufgabe, zu beweisen, daß er kein Geld hat, nicht für Straßen und erst recht nicht für Kriegsoffer; er will beweisen, daß er schon für 1964 mehr Geld von den Ländern braucht, als diese ihm zubilligen wollen und können. Es muß ihm also der Hinweis sehr unangenehm sein, daß man Geld für Steuersenkungen oder auch für andere Dinge schon jetzt durch Schliessung von Lücken im Steuersystem beschaffen kann, was zudem sachlich notwendig und gerecht ist.

Dieser Hinweis ist doppelt unangenehm, weil dadurch Interessen berührt werden, mit denen die derzeitige Mehrheit zwangsläufig stark verbunden ist. Auf der anderen Seite besteht offenbar die Vorstellung, daß man die berechtigter Wünsche auf Steuersenkungen inzwischen weiter mit Versprechungen liebevoll behandeln und sogar anfachen kann, bis man dann etwa im Jahre 1965 die Länder davon überzeugen kann, daß die nunmehr unabwiesbaren Forderungen auf ihre Kosten - und im Wahljahr, wo das doch so viel eindrucksvoller ist! - durchgeführt werden müssen. Auf Kosten der Länder, das heißt aber heute auf Kosten der Gemeinden und in Wirklichkeit auf Kosten der Leistungen, die der Staatsbürger selbst vom Staat und von seiner Gemeinde für Schulen, Krankenhäuser und Verkehrssicherheit erwarten muß und nicht erhält. Und es soll dann wieder bewiesen werden, daß das möglich ist, ohne daß man der "Gruppe" der Großeinkommen Leid zufügt!

Wir sind dagegen der Meinung, daß der sachliche und gerechte Ausgleich der Steuerlasten nicht durch solche, letzten Endes rein parteipolitischen Absichten verhindert werden darf, und fordern deswegen: Steuersenkungen jetzt, und nicht auf Kosten der falschen Leute!

Deutsche in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gibt es heute enge freundschaftliche Bindungen auf allen Gebieten. Die Minister der beiden Länder begegnen sich jeden Monat. Wenn der deutsche Bundeskanzler in Elysée zu Besuch ist, wehen von allen öffentlichen Gebäuden die schwarz-rot-goldenen Fahnen. Die Truppen veranstalten gemeinsame Übungen. Über 60.000 Deutsche leben in Frankreich. Ein neues deutsches Botschaftergebäude wächst aus dem Pariser Pflaster. Goethe-Institute sorgen für die Verbreitung der deutschen Kultur.

Es war nicht immer so. Blenden wir 17 Jahre zurück. Deutschland und Frankreich lagen in Trümmern. Es war nicht nur materieller Ruin, der auf beiden Völkern lastete. Der Haß vermauerte noch die Grenzen. Damals, als General de Gaulle noch für die Zerstückelung Deutschlands war, als Regierungschef und dann auch als Leiter der nationalistischen Opposition, als andererseits auch die Kommunistische Partei Frankreichs als Regierungspartei besonders kräftig auf die chauvinistische Fackel schlug, damals wurde die Idee einer französisch-deutschen Aussöhnung von den meisten entweder als Hochverrat oder als pazifistischer Köhlerglaube empfunden.

Gerade damals begannen mutige Männer, die ersten Brücken zu bauen. Wer waren diese "Träumer"? Vielleicht gehört es nicht zum "guten Ton", heute daran zu erinnern. Es muß aber doch gesagt werden: diese Pioniere waren keine Generale und keine "Spitzen der Gesellschaft", sondern freie Gewerkschafter, deutsche und französische Sozialdemokraten. Wer auch sonst? Die Völkerverständigung und insbesondere die französisch-deutsche Freundschaft stehen seit hundert Jahren auf ihren Fahnen geschrieben, als die Regierungen der beiden Länder noch ihren Ehrgeiz darin sahen, deutsch-französische Kriege anzuzetteln.

Pionierarbeit seit 1945

Der erste politische Stützpunkt einer neuen deutschen Demokratie wurde in Frankreich von deutschen Sozialdemokraten gebildet. Léon Blum, eben erst aus dem Konzentrationslager Buchenwald zurückgekehrt, erlaubte einer kleinen Gruppe deutscher Sozialdemokraten, die das Inferno des Krieges illegal überstanden hatte, ein kleines Büro zu gründen, mit dessen Hilfe die ersten politischen Kontakte zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) geschaffen werden konnten. Die früheren, inzwischen verstorbenen Reichstagsabgeordneten Max Cohen-Reuss, Ernst Roth und Adolf Ludwig schufen zusammen mit Günter Markscheffel die notwendigen politischen Verbindungen, um den Begriff der angeblichen Kollektivschuld des deutschen Volkes in Frankreich abzubauen zu können. An ihrer Seite standen die französischen Sozialisten Léon Blum, Salomon Grumbach und Daniel Mayer, der damalige Generalsekretär der SFIO. Hier sammelten sich auch diejenigen deutschen Sozialdemokraten, die sofort nach Kriegsende in die Heimat zurückkehren und dort wieder politisch wirksam werden wollten.

Bald darauf kam es auch zu den ersten Kontakten zwischen den führenden Kollegen des jetzigen DGB und den französischen Gewerkschafter. Es begann mit den deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Nach langen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Regierung gelang es 1946, 47 mit Unterstützung der französischen, englischen und amerikanischen Freien Gewerkschaften, diesen Gefangenen die Möglichkeit zu geben, in

Frankreich als freie Arbeiter zu leben und zu arbeiten. 130.000 machten daraufhin von dieser Möglichkeit Gebrauch. Viele von ihnen kehrten nach der Währungsreform heim, andererseits kamen deutsche Ostflüchtlinge nach Frankreich und leben noch heute hier als Gastarbeiter.

Das Verdienst der deutschen Gewerkschaften in dieser Sache kann nicht genug unterstrichen werden. Der damalige Gewerkschaftsrat in Frankfurt/Main hatte Albert Preuss damit beauftragt, die Belange der deutschen Arbeitnehmer in Frankreich im Rahmen der französischen Gewerkschaftsbewegung wahrzunehmen. Da die Schaffung selbständiger ausländischer Gewerkschaftsorganisationen in Frankreich gesetzlich nicht zugelassen ist, wurden die deutschen Arbeitnehmerinteressen ab 1948 innerhalb des Freien Gewerkschaftsbundes "Force Ouvrière" wahrgenommen, in voller Gleichberechtigung mit den französischen Arbeitnehmern und mit den Gastarbeitern anderer Nationalitäten.

Zu diesem Zweck wurde mit Hilfe des DGB im Sitz der französischen Gewerkschaften in Pariser Süden, in der Avenue du Maine, ein "Deutsches Sekretariat" geschaffen, das sich seither ständig entwickelt hat. Dieses Sekretariat war die erste deutsche Organisation im Nachkriegsfrankreich. Sie entstand dank der fruchtbaren Zusammenarbeit der deutschen und französischen Freien Gewerkschaften, mit der großzügiger materieller Unterstützung des DGB und der moralischen Hilfe der "Force Ouvrière".

Schwierigkeiten

Die Schwierigkeiten und die Kürzheit dieser Pionierarbeit kann man sich heute nur noch schwer vorstellen. So war beispielsweise die Übermittlung der finanziellen Hilfe der deutschen Gewerkschaften nach Frankreich ein schier unlösbares Problem, das schließlich nur mit Hilfe der internationalen Gewerkschaftsbewegung gemeistert werden konnte.

Die Gewerkschaftsvertretung hatte nun vor allem darüber zu wachen, daß die rechtliche Gleichstellung der deutschen Arbeiter in Frankreich tatsächlich eingehalten wird. Die gesetzlich verankerte Gleichberechtigung mußte Schritt für Schritt in der Praxis durchgesetzt werden. Durch aktive Zusammenarbeit der deutschen und französischen Gewerkschaften konnte diese Aufgabe bewältigt werden.

So hatte das "Deutsche Sekretariat" die Probleme zu lösen, die normalerweise von Botschaft und Konsulaten erledigt werden: Zusammenführung der Familien, Wiedervereinigung der hier lebenden Deutschen mit ihren Angehörigen in der Heimat, freie Fahrt der ehemaligen Kriegesgefangenen zu Besuchen im damals noch besetzten Deutschland, Ausstellung provisorischer Reisepapiere, Reisevergünstigungen auf den deutschen Eisenbahnstrecken durch Abkommen mit den zuständigen deutschen Bahnbehörden. All das scheint heute selbstverständlich zu sein, war aber damals ein schwerer Weg durch das bürokratische Gestrüpp der Nachkriegszeit.

Bald konnte durchgesetzt werden, daß nicht nur die arbeitsrechtlichen Bestimmungen, sondern auch die französische Sozialver-

sicherung für deutsche Arbeitnehmer gelten. Das betrifft insbesondere die günstige französische Familienunterstützung für kinderreiche Familien. Es war eine bemerkenswerte Leistung, all das vor der Existenz einer offiziellen diplomatischen Vertretung durchzusetzen.

Erste offizielle diplomatische Vertretung

Mit dem Entstehen der Deutschen Bundesrepublik und der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurde die Situation der deutschen Arbeitnehmer in Frankreich weiter gefestigt. Das "Deutsche Gewerkschaftssekretariat" in Frankreich konnte aufgrund seiner Kenntnisse und Erfahrungen, der Deutschen Diplomatischen Mission in Frankreich mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Die guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Gewerkschaftssekretariat und der ersten Diplomatischen Mission sind insbesondere dem ersten deutschen Botschafter der Nachkriegszeit, Dr. Hausenstein, zu verdanken, der diese Probleme mit besonderem Interesse und Sympathie behandelte.

Brücke zwischen zwei Völkern

Aufgrund seiner besonderen Situation in der französischen Hauptstadt hat das Deutsche Gewerkschaftssekretariat hier für den DGB noch eine weitere Funktion zu erfüllen: internationales Verbindungsbüro für die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung, Übersetzungsarbeiten bei internationalen Gewerkschaftskonferenzen in Paris, gelegentliche Vertretung des DGB auf internationalen Kongressen, Berichterstattung über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Frankreichs für den DGB und die einzelnen Industrieverbände.

Ebenso hat das Deutsche Sekretariat die französischen Gewerkschafter und auch die Hörer französischer Universitätsfakultäten über die Wirtschafts- und Sozialpolitik und die gewerkschaftlichen Probleme in der Bundesrepublik zu unterrichten.

In diesen Rahmen fallen auch der Austausch von deutschen und französischen Arbeitnehmern, um beide Länder einander näher zu bringen und die beiderseitigen und gemeinsamen Probleme besser kennenzulernen.

WIRD FORTGESETZT

+ + +